

Vollbeschäftigung, Vollernährung usw.

Autor(en): **Mussard, Jean**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **24 (1944-1945)**

Heft 3

PDF erstellt am: **24.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-335093>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

tisch von Kantonen und Gemeinden nichts mehr gebaut worden. Die Gemeinden und die Kantone haben sich finanziell, trotz der Kriegsausgaben, anständig erholen können. Die zurückgestellten, ordentlichen Bauaufgaben, die nicht gebauten Schulhäuser, Turnhallen usw., die normalerweise auch hätten gebaut werden müssen, sollen jetzt, bei Vollbeschäftigung für den Export, in Angriff genommen werden, ohne daß der Bund helfen muß. Um so energischer wird die Bundeshilfe da sein müssen, wo ohne diese nichts entstehen würde: im Ausbau des Verkehrswesens, in der Sanierung der Hotels und in der Schaffung gesunder Wohnungen an Stelle der Wohnlöcher in den Außenquartieren unserer Industriestädte, in den Altstädten und auf dem Lande.

Bei allem geht es also nicht um ein Entweder–oder, sondern um ein Sowohl–als auch. Wir müssen das Äußerste tun, um unsere Exportindustrie in Gang zu halten und dem Arbeiter die Versetzung in Arbeitslager und an industriefremde Arbeitsplätze zu ersparen; wir dürfen das Arbeitsbeschaffungsprogramm nur als letzten Ausweg betrachten. Gleichzeitig aber müssen wir damit bereit sein für den Fall, daß alles vorübergehend oder auf längere Dauer anders kommen könnte, und wir müssen einsehen lernen, daß es Arbeiten von nationalem Interesse gibt, die auf jeden Fall ausgeführt werden müssen, ohne daß sie «rentabel» sind, die aber wegen ihrer Bedeutung für die Volksgesundheit und die lebendige Wirtschaft nicht umgangen werden dürfen. Es kommt bei allem auf die volkswirtschaftliche und soziale Rendite an, nicht auf die finanzielle, trotz dem Geschrei der Geldleute, der Bankiers, Financiers und Finanzdirektoren. Ein Finanzdirektor, der an den Anfang aller Dinge das gute Budget und die ertragsreiche Rechnung stellt, mag ein guter Sparkassenverwalter sein, als Wahrer der öffentlichen Finanzwirtschaft hat er seinen Beruf verfehlt.

Vollbeschäftigung, Vollernährung usw.

Von Jean Mussard

Damit der Mensch den ihm innewohnenden Hang zur Trägheit überwindet, bedarf es des Zwanges der Notwendigkeit. Das *dolce far niente* bleibt von allen Lebensidealen das verbreitetste. Der Ruf nach Vollbeschäftigung entspricht keinem tiefen Bedürfnis des Trieblebens und erweckt daher, wenngleich wir ihn rationell begründen können, in unserem Gemüt kein Echo. «Arbeit» ist aus psychologischen Gründen ein schlechtes politisches Schlagwort, denn es wendet sich nur an den klaren Verstand.

Daß Vollbeschäftigung ein durchaus erreichbares Ziel der Wirtschaftspolitik ist, wird nicht mehr bestritten. Doch hält man es für fraglich, ob es nicht so teuer erkaufte werden muß, daß damit eine Wohlstandsverminderung verbunden ist.

Wir verfügen über einen Produktionsapparat, der erhalten werden muß. Durch Einsatz außerhalb der bestehenden Fabriken könnten zweifellos alle verfügbaren Kräfte verwendet werden, doch würde infolge unzuweckmäßiger Verwendung derselben die Produktion abnehmen. Erfordert die

Arbeitsbeschaffung eine Änderung der Produktionsrichtung, so kann also eine Senkung des nationalen Lebensstandards daraus entstehen. Uhrmacher und Mechaniker erleiden eine Leistungseinbuße, wenn sie als Feldarbeiter oder Straßenbauer tätig sind.

Praktisch bedeutet dies, daß unter Umständen bei unvollständiger Beschäftigung mehr Nahrung, Kleidung, Wohnung und Vergnügung erzeugt und zur Verfügung gestellt werden als bei vollem Einsatz aller Arbeitskräfte. Diese Meinung veranlaßte einst Bundesrat Schultheß, zu erklären, die Arbeitslosenunterstützung sei das billigste Mittel zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise. In neuerer Zeit empfiehlt Professor Marbach eine Zufuhr zusätzlicher Zahlungsmittel in den Kreislauf, um durch Kaufkrafthebung das Gleichgewicht zwischen Konsum und Konsumgüterproduktion im Störungsfall wieder herzustellen.

Philosophisch gesehen hat die Diskussion um Sicherung der Arbeit etwas Steriles an sich. Man kann sich für Vollbeschäftigung deshalb nicht recht begeistern, weil es kein natürliches Bedürfnis nach Arbeit um der Arbeit willen gibt; doch wollen wir alle Vollernährung, Vollbehausung, Vollbekleidung und – warum denn nicht? – auch Vollvergnügung. So grotesk dies klingen mag, glaube ich doch, daß wir diese Forderung nicht als ganz absurd ablehnen dürfen. Die Wirtschaftspolitik darf an der menschlichen Natur nicht vorbeisehen, und der kollektive Wille ist letzten Endes die Resultante der Bedürfnisse aller Einzelnen. Wir wollen bei möglichst geringer Anstrengung höchstmögliche Bedarfsdeckung.

Vollbeschäftigung ist demnach nie Selbstzweck. Es geht um die *Ausrottung der Armut*.

Aus dieser Betrachtung ergibt sich eine besondere Definition der Nachkriegsaufgaben. Es wurde gesagt, daß während des Krieges die Bewirtschaftung des Mangels wohl unerläßlich sei; wenn aber nach Friedensschluß die Zeit des Überflusses wieder käme, so sei die Planung der Wirtschaft überflüssig, ja schädlich. Haben wir aber je eine Zeit des Überflusses gehabt? Solange es unverschuldete Not gibt, haben wir die Mangelwirtschaft keineswegs überwunden.

Es bleibt im kommenden Frieden wie in der Kriegszeit Aufgabe der Planung, dem Mangel zu wehren. Soweit menschliche Bedürfnisse durch persönliche Initiative gestillt werden, kann gegen die Privatwirtschaft kein triftiger Grund erhoben werden. Es wäre unvernünftig und freiheitswidrig, die Tatkraft des unternehmenden Individuums unnötig zu hemmen oder gar grundsätzlich zu stören. Wenn aber die Gewährleistung des Volkswohls versagt, wenn die Bedarfsdeckung offensichtlich ausbleibt und doch willige Kräfte brach liegen, so ist kollektive Selbsthilfe – also staatliche Intervention – gegeben. Da aber dieser Eingriff, um wirksam zu sein, nicht planlos erfolgen kann, ist ein vernünftiges Maß von Planung notwendig.

Wir berufen uns hierbei auf folgende Grundsätze und Tatsachen: Dank dem technischen Fortschritt – der als Errungenschaft des kapitalistischen Zeitalters anerkannt werden muß – ist es heute möglich, menschliche Bedürfnisse in ungeahnter Weise zufriedenzustellen. Es ist viel teurer, Millionen Menschen im Kriege zu töten und zu ruinieren, als sie materiell und kulturell zu beglücken. Das Problem der Vollbeschäftigung ist gelöst,

wenn Vollernährung, Vollbekleidung, Vollbehausung und Vollvergnügung erzielt sind. Um nicht den Vorwurf allzu materialistischer Gesinnung zu verdienen, sei gesagt, daß zur Vergnügung des Menschen selbstverständlich die geistigen Güter gehören. Die Wirtschaftsplanung darf sich darauf beschränken, Mangelzustände zu beseitigen. Es bedarf der vereinten Anstrengungen des privaten und des öffentlichen Sektors unserer Wirtschaft, um diese Ziele zu erreichen. Die Notwendigkeit einer harmonischen Koexistenz beider Sektoren der Wirtschaft ist damit abermals erwiesen.

Konkret gesprochen, ist im Ausland eine Wiederaufrichtung der kriegszerstörten Gebiete ohne Planung nicht denkbar. Die Vollbehausung wird dort eine vordringliche Aufgabe sein. Bei uns in der Schweiz wird eine Lenkung des Außenhandels längere Zeit notwendig sein, denn wir können es der privaten Initiative nicht überlassen, nach zahlungsunfähigen Ländern mit offenen Schleusen zu exportieren: bald wäre der Staat gezwungen, einzuspringen, um die halbe Schweiz vor dem Ruin zu bewahren. Der Zahlungstransfer wird Clearing und zwischenstaatliche Vereinbarungen im Rahmen des Möglichen sichergestellt werden müssen. Die Versorgung unseres Volkes mit Brotgetreide, Milch, Butter und Eiern – um nur einige Artikel zu nennen – wird mit Rücksicht auf die Erhaltung eines gesunden Bauernstandes zu regulieren sein, denn wir können unsere Landwirtschaft nicht schutzlos der Konkurrenz des Auslandes preisgeben. Aufgeblähte Positionen werden sowohl in der Industrie wie im Bauernstand abzubauen sein, doch müssen katastrophale Zusammenbrüche vermieden werden, gegen die der Einzelne machtlos ist. Alles ist eine Frage von Maß. Wo ein gerechter Ausgleich nicht aus freiem Willen der Beteiligten erzielt werden kann, wird staatlicher Eingriff nicht zu umgehen sein. Da wir Eidgenossen unsern schönen Wahlspruch in der Praxis gern so anwenden, als hieße er «Keiner für alle, alle für mich», werden wir der sanften, aber doch starken Hand unserer demokratischen, auf Parlament und Volksvertretung gestützten Regierung bedürfen, damit keine Volksschicht unverschuldeter Not überlassen und sturer Klassenegoismus eingedämmt werden. Ein steuerloser Kurs ins Blaue ist zumindest in den nächsten zehn Jahren nicht denkbar.

Der vorstehenden Definition der Nachkriegsaufgaben der Wirtschaft mag es an klarer Schärfe gebrechen. Sie ist eine grundsätzliche mehr als eine sachliche. Wirtschaft ist Leben, und kein Vorgang des Lebens läßt sich mit mathematischer Genauigkeit umschreiben. Der unbändige Freiheitswille des Schweizers, dem in den letzten Jahren durch Zensur und Vorschriften aller Art Schranken gesetzt waren, wird sich gewiß wieder ausleben wollen. Es entstehen daraus für Planung und Lenkung der Wirtschaft selbstverständlich außerordentliche Schwierigkeiten. Jeder staatliche Eingriff nimmt den einen etwas weg, um es den andern zu geben. Daß die einen, den Grundsatz der Redefreiheit anwendend, mit einem Hagel von Protesten aufwarten und die Vögte, die Bern sandte, zu verjagen drohen, ist bei uns beinahe Sitte.

Wenn die Demokratie, die zu schmähen eine Zeitlang üblich war, nun Triumphe feiert, so freuen wir uns darüber redlich, denn wir standen zu ihr, als sie verloren schien. Unsere staatsbürgerliche Sorge muß es nun

sein, zu verhindern, daß die wiedergewonnene Freiheit in Zügellosigkeit umschlägt. Dies bedeutet, daß wir vollbeschäftigt, das heißt möglichst vollernährt, vollbekleidet, vollbehaust und – koste es, was es wolle – vollvergnügt bleiben müssen.

*

Das Problem der Vollernährung, mit dem sich Großbritannien in den Kriegsjahren notgedrungen befassen mußte, zeitigte dort Fortschritte, die zu kennen für uns besonders wertvoll ist. Es war eigentlich Deutschlands Absicht, England durch Blockade im Unterseebootkrieg auszuhungern. Die britische Regierung wurde so zur Lenkung der Ernährungswirtschaft gezwungen. Das Ergebnis war überraschend: zum erstenmal in der Geschichte erhielt Englands industrielle Bevölkerung in diesem Kriege eine ausreichende, gesunde und vitaminreiche Nahrung.

Die Unterstützung, die der Regierung seitens der britischen Arbeiterpartei zurzeit gern gegeben wird, ist also nicht nur aus patriotischen Gründen erklärlich. Diese Politik ist begründet und befestigt durch eine gewaltige soziale Errungenschaft, die auch nach dem Kriege nicht preisgegeben werden dürfte: die Ausrottung des Hungers und der Krankheiten, die eine Folge von Unterernährung sind.

Vor etwa zweihundert Jahren waren die britischen Inseln ein Agrarland mit vorwiegend bäuerlicher Bevölkerung. Nahrung wurde in der Hauptsache zwecks Selbstversorgung erzeugt, und nur ein relativ kleiner Überschuß wurde auf den Markt gebracht und verkauft. Die Preise waren niedrig. Brot wurde meist zu Hause aus Vollmehl gebacken. Der arbeitende Mensch hatte damals eine in jeder Hinsicht befriedigende, auch in bezug ausreichende, gesunde und vitaminreiche Nahrung.

Die industrielle Entwicklung zu Beginn des neunzehnten Jahrhunderts brachte eine große Wendung. Eine Abwanderung vom Land in die rasch wachsenden Städte fand statt. Menschen, die früher Produzenten von Nahrungsmitteln waren, wurden ausschließlich zu Verbrauchern derselben. Ein wachsender Anteil der landwirtschaftlichen Erzeugung wurde für Geld auf den Markt gebracht. Produktion für Konsum wurde durch Produktion für Gewinn verdrängt. Die Preise stiegen daher und wurden um die Kosten des Transportes vom Lande zur Stadt verteuert. Im Jahre 1801 genügte der durchschnittliche Taglohn, um etwa zwei Kilo Brot zu kaufen. Die Arbeiterfamilie konnte mit dem väterlichen Lohn nicht auskommen; Kinder wurden in Fabriken und in Kohlengruben beschäftigt. Viele sahen das Tageslicht kaum noch, und der große Poet Hood sagte in einem Gedicht: «Oh, Gott, daß Brot so teuer und des Menschen Fleisch und Blut so billig ist!»

Tuberkulose und Mangelkrankheiten stellten sich in nie dagewesenem Umfang ein. Von wohlmeinenden Physiologen wurde der Mensch als Arbeitsmaschine betrachtet und untersucht. Sie ermittelten die Nahrungsmenge, die dem Körper als «Brennstoff» zugeführt werden muß, um ihn mit der für den Arbeitsprozeß notwendigen kalorischen Energie zu versehen. Bestimmt wurde auch das Proteinquantum, das für die Wettmachung der Muskelabnützung erforderlich ist. Da die meisten Nahrungsmittel Protein enthalten, und weil man den Appetit als naturgegebenen

Maßstab für die Bedürfnisse des Leibes ansah, wurde angenommen, daß die Stillung des Hungers genüge, um den Menschen ausreichend zu ernähren.

Vor dreißig Jahren erkannte man jedoch, daß schwere Gesundheitsstörungen, wie Skorbut und englische Krankheit bei Kindern, auf Mangel an Vitaminen zurückzuführen sind. Die Physiologen mußten einsehen, daß lebendige Wesen nicht nur als Objekte der Mechanik und der Wärmelehre betrachtet werden können, daß vielmehr Gesundheit und Lebenskraft von andern, zunächst noch geheimnisvoll scheinenden Umständen abhängen. Die moderne Wissenschaft führte zur Entdeckung solcher Zusammenhänge. Es erwies sich zum Beispiel, daß Mangel an Vitaminen oder gewissen Mineralien verhängnisvoll sind, auch wenn der Hunger scheinbar gestillt ist. Im Jahre 1935 war man so weit, daß man wußte, wieviel von den dreißig wichtigsten Nährstoffen der menschliche Körper braucht und in welchem Ausmaß diese in den gebräuchlichsten Nahrungsmitteln enthalten sind. Man war also in der Lage, eine ernährungsphysiologisch ideale Speisekarte mit Varianten für verschiedene Gesellschaftsklassen aufzustellen. Das medizinische Problem gewann eine soziale und wirtschaftliche Bedeutung.

Das Arbeitseinkommen hatte inzwischen eine merkliche Erholung erfahren. Nachdem schon 1846 die Einfuhr von amerikanischem Getreide gestattet wurde, fiel der Preis des Brotes gegenüber dem Stand von 1801 um die Hälfte, indes der mittlere Taglohn auf das Fünffache stieg. Zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts waren die billigsten Nahrungsmittel für jeden geregelten Haushalt erschwinglich, so daß nach Einführung der Arbeitslosenunterstützung und der Alterspension die soziale Frage weitgehend gelöst schien. Dies war aber nur scheinbar der Fall. Die 3000 Kalorien, die den Wärmebedarf des erwachsenen menschlichen Körpers bei mittlerer Arbeitsleistung darstellen, konnten in Form gebräuchlichster Nahrungsmittel zu folgenden Preisen erstanden werden (1 Shilling = 12 Pence):

Vitaminreiche Nahrungsmittel:		Vitaminreiche Nahrungsmittel:	
Zucker	– 4 Pence	Milch	– 2 Shilling
Weißbrot	– 5 »	Gemüse	– 2 Shilling + 2 Pence
Margarine	– 5 »	Fleisch	– 2 » + 2 »
Kartoffeln	– 5 »	Eier	– 3 » + 7 »
Konfitüre	– 1 Shilling + 2 Pence	Früchte	– 7 » + 9 »

Die vitaminreichen Produkte sind also die teuern. Je niedriger das Familieneinkommen war, desto mehr war die Diät aus den billigen, vitaminarmen Nahrungsmitteln zusammengesetzt. Der Haushalt des Arbeiters war einfach darauf angewiesen. Wir finden in dem Gutachten von Sir John Boyd Orr, einem bekannten Sachverständigen in Ernährungsfragen, dem wir die vorliegenden Angaben verdanken, daß damals 10 bis 20 Prozent der Bevölkerung eine in bezug auf Protein, Minerale und Vitamine ausgesprochen unzureichende Ernährung hatten.

Diese Verschlechterung der Ernährung vollzog sich mit sichtbarem Schaden für die Gesundheit der untersten Bevölkerungsschichten. Man

sah eine Abnahme der mittleren Körperhöhe. Die für Rekruten festgesetzte Größe mußte zweimal herabgesetzt werden, zuerst von 5 Fuß 6 Zoll auf 5 Fuß 3 Zoll und dann von 5 Fuß 3 Zoll auf 5 Fuß. Um die Jahrhundertwende litten 50 Prozent aller Angehörigen der Arbeiterklasse an Mangelerscheinungen wie Skorbut und englischer Krankheit. Zum Teil waren die Gesundheitsschäden statistisch verdeckt durch den allgemeinen Fortschritt der Hygiene, indem zum Beispiel ansteckende Krankheiten wie Typhus und Cholera verschwanden, so daß die Verhältniszahl der Todesfälle abnahm.

Obschon in den Jahren 1914 bis 1939 durch zahlreiche wohltätige Institutionen, Verabreichung von Kindermilch in den Schulen, Fürsorge zugunsten schwangerer Frauen usw. eine erhebliche Besserung der Zustände herbeigeführt werden konnte, zeigte doch eine 1935 durchgeführte Erhebung, daß die Hälfte der englischen Bevölkerung teils aus Unwissenheit, teils aus Armut unzulängliche Nahrung genoß. Zu Kriegsbeginn wurde gefunden, daß diese Feststellung noch für über einen Drittel der Bevölkerung zutraf.

Der Krieg brachte eine revolutionäre Änderung der staatlichen Ernährungspolitik. An Stelle des laissez-faire traten Kontrolle und Lenkung der landwirtschaftlichen Produktion sowie der Einfuhr von Lebensmitteln. Die Regierung mußte sich mit den Errungenschaften der Wissenschaft befassen, den nationalen Bedarf an Ernährungskalorien und Vitaminstoffen errechnen, die Verteilung nach Maßgabe menschlicher Bedürfnisse vornehmen. Wenn früher das Lebensmittelgeschäft einzig nach den Grundsätzen der Rendite geführt wurde, so richteten sich jetzt Erzeugung, Einfuhr und Marktversorgung nach physiologischen Notwendigkeiten. Niedrighaltung der Lebensmittelpreise, Zuschlagsrationen für Schwerarbeiter, Zuteilungen von Milch, Eiern und Vitaminkonzentraten an Mütter und Kinder sind einige Kapitel dieser Politik.

England sieht heute mit Stolz auf die Ergebnisse der gelenkten Ernährungswirtschaft. Bereits ist die Rückwirkung auf die Gesundheit der Bevölkerung ersichtlich. Die Kinder der ärmern Volksschicht sind stärker und wachsen besser. Dies ist um so bemerkenswerter, als der Wohnungsstandard infolge von Bombenschäden erheblich verschlechtert wurde. Knaben im Alter von 13 Jahren wiegen 1943 durchschnittlich 2,6 Pfund mehr und sind um 0,88 Zoll größer als in den letzten fünf Vorkriegsjahren. Trotz Schwierigkeiten in der Beschaffung von Früchten, Eiern und Butter ist der nationale Ernährungsstand wesentlich gehoben.

Trotz diesen Fortschritten wurde durch eine Sonderkommission des Oberhauses festgestellt, daß der wissenschaftliche Ernährungsstandard noch bei weitem nicht erreicht ist. Man merke: die englischen Lords sind um die Speisekarte der Arbeiterschaft besorgt. Folgende Erhöhungen der Rationen werden gegenüber 1942 angestrebt:

Früchte	+ 75 %	Gemüse	+ 60 %
Milch	+ 65 %	Fleisch	+ 25 %
Eier	+ 60 %		

Erhebungen in den Vereinigten Staaten zeigten, daß dort ebenfalls Mangel an vitaminreichen Nahrungsmitteln herrscht. Der wissenschaft-

liche Standard erfordert zum Beispiel noch eine Produktionsausweitung von 15 Prozent für Butter und 75 Prozent für Früchte.

Die Feststellung ist betrüblich, daß es sich hier um die reichsten Länder der Welt handelt. Nur in den kleinen, demokratischen Staaten sind die Verhältnisse etwas besser, sonst überall schlechter. «Durch vorstehende, wahrhaft aufsehenerregende Zahlen können nur Leute in Erstaunen versetzt werden, die nicht wissen, wie spärlich die Ernährung der untersten Volksschichten ist», erklärt die britische Labour Party. Präsident Roosevelt konnte sagen, es gebe auf der Erde so viele Menschen, denen es an genügender Ernährung und Behausung fehlt, daß zweifellos jedermann vollbeschäftigt wäre, wenn man nur die Behebung dieser Mängel entschlossen in Angriff nähme.

Man stellt sich in den großen demokratischen Ländern keineswegs vor, daß des Menschen Speise staatlich vorgeschrieben werden soll, noch beabsichtigt man, auf dem Ernährungssektor eine Zwangswirtschaft einzuführen. Man nimmt einfach an, daß, wenn vitaminhaltige Lebensmittel in genügender Menge auf den Markt gebracht werden und die Löhne ausreichen, um den Konsum zu ermöglichen, der normale Mensch sich nicht auf Brot und Kartoffeln beschränken wird. Die Annahme, das Volk wolle lieber an Skorbut und Tuberkulose leiden, als Milch, Eier und Früchte verzehren, ist sicher abwegig. Es gibt genügend vitaminreiche Nahrungsmittel, um die freie Wahl der Speise nach jedermanns Geschmack in vernünftigen Grenzen zu gewährleisten.

Die Ernährungskonferenz zu Hot Springs (1943) hat diese Tatsache durchaus erkannt. Die Delegierten von Staaten, die 80 Prozent der Erdbevölkerung darstellen, faßten daselbst den Entschluß zur Gründung einer permanenten internationalen Organisation zwecks Ausmerzung der weltweiten Übelstände auf dem Gebiet der menschlichen Ernährung. Das Wort «Vollernährung», das unlängst noch selbst in Kreisen der Wissenschaft Anlaß zu ironischen Bemerkungen war, ist damit ein Begriff geworden. Hätten sich die in Hot Springs vertretenen Staaten nach 1918 anstatt mit steriler Politik, internationaler Hetze und Machtgelüsten mit der Erzeugung von Nahrung und Wohnung in einem den Anforderungen der Volksgesundheit genügenden Ausmaß befaßt, so wäre die große Wirtschaftskrise zwischen den beiden Weltkriegen ausgeblieben. Dem Nationalsozialismus hätten sie damit den Boden entzogen, und die Katastrophe des zweiten Weltkrieges wäre wahrscheinlich nicht eingetreten.

Das große Nachkriegsproblem

Von c. p.

Wir lesen in diesen Tagen, daß in den Vereinigten Staaten auf einzelnen Rohstoffmärkten Absatzschwierigkeiten sich bemerkbar machen, daß die gesteigerte Produktion nicht mehr im vollen Umfange aufgenommen werden kann. So wird berichtet, daß die Kupferproduktion, trotz stärkstem Kriegsverbrauch, die Nachfrage übersteigt. Ein erstes Symptom